

56

PERMANENT MISSION
OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
TO THE UNITED NATIONS

600 Third Avenue
New York, N.Y. 10016
Tel.-Nr.: (212) 687-6882
Telex: New York 224 111

SPERRFRIST

BIS MITTWOCH, 19.9.1973

REDEZEIT

Herr Präsident,

I.

Vor 47 Jahren, fast auf den Tage genau, trat Deutschland in den Völkerbund ein. Acht Jahre waren seit dem Ersten Weltkrieg verstrichen. Der deutsche Aussenminister, Gustav Stresemann, wurde von seinem französischen Kollegen, Aristide Briand, mit den Worten begrüsst: "Vorbei ist die Reihe schmerzvoller und blutiger Begegnungen, mit denen alle Seiten der Geschichte befleckt sind ... kein Krieg mehr, keine blutigen und brutalen Lösungen unserer Zwistigkeiten ...". Stresemanns Antwort: "... Wenn wir in die Höhe kommen wollen, können wir es nicht im Kampf gegeneinander, sondern nur im Zusammenwirken miteinander ...".

Ein Dialog der Erwartungen und Hoffnungen, getragen von bestem Willen. Eine flüchtige Chance des Friedens. Schon wenige Jahre später war sie vertan.

Diesmal sind 28 Jahre seit Kriegsende verstrichen. Jetzt stehen zwei deutsche Aussenminister vor den Delegierten. Hier zeigt sich das Schicksal meines Volkes: Ursprung und Opfer des Krieges, geteilt ohne eigenes Zutun, nun in zwei Staaten lebend, und

- 2 -

ungewiss einer gemeinsamen Zukunft.

Verstehen Sie, warum wir zögerten, den Schritt in die Vereinten Nationen zu tun? Es ist schmerzlich, der politischen Realität der Teilung des eigenen Landes ins Auge zu sehen. Wir befürchteten, ein solcher Schritt könnte den Eindruck erwecken, als resignierten wir. Als hätten wir die Hoffnung auf Einheit aufgegeben. Wir machten uns Sorge, die Schranken zwischen den Menschen in Deutschland könnten durch die Mitgliedschaft beider Teile noch höher werden.

Jetzt haben wir einen neuen Ausgangspunkt. Die beiden Staaten in Deutschland haben ihre Beziehungen zueinander durch den Grundvertrag vom 21. Dezember 1972 geregelt. Für Berlin kam das Viermächte-Abkommen unter Beteiligung der beiden Staaten in Deutschland am 3. September 1971 zustande. Dieses Abkommen hat nicht zuletzt den Weg dafür freigemacht, dass Berlin (West) an unserer Mitarbeit in den Vereinten Nationen teilhaben kann. Unser Ziel bleibt klar: Die Bundesrepublik Deutschland wird weiter auf einen Zustand des Friedens in Europa hinwirken, in dem das deutsche Volk seine Einheit in freier Selbstbestimmung wiedererlangt.

II.

Gustav Stresemann sah sich einer Organisation von 53 Staaten gegenüber. Das Schwergewicht des Völkerbundes lag in Europa und europäisch waren seine Masstäbe.

Die Vereinten Nationen haben ein anderes Gesicht: 135 Mitglieder aus allen Teilen der Welt, viele von ihnen haben in Ausübung

- 3 -

ihres Selbstbestimmungsrechts koloniale Bindungen abgestreift. Könnte ich guten Gewissens vor Sie treten, ohne für meine Regierung, ohne für mein Land diese Entwicklung von historischer Tragweite zu begrüßen? Für uns ist das Selbstbestimmungsrecht unteilbar. Wer immer gemäss den Prinzipien der Charta sein Schicksal in die eigenen Hände nimmt, wer immer seine Freiheit in friedlicher Auseinandersetzung sucht, wird uns auf seiner Seite finden.

Ich sage dies gerade als Europäer, als Angehöriger eines Staates, der seine Zukunft in einer Europäischen Union sucht. Vom alten Kontinent, von seinen Problemen, seinen Streitigkeiten sind Konflikte ausgegangen, die unermessliches Leid über die ganze Welt gebracht haben. Jetzt zum erstenmal haben sich neun europäische Staaten entschlossen, durch ihr Zusammenwirken ein Element der Stabilität, des wirtschaftlichen und sozialen Aufbaus unserer Welt zu bilden. Die Bundesrepublik Deutschland empfindet ihre Mitarbeit an diesem grossen Einigungswerk als das Kernstück ihrer Politik.

III.

Nicht nur das Prinzip der Selbstbestimmung als universales Recht war dem Völkerbund fremd. Seine Zielsetzung war begrenzter. Der im Völkerbund organisierten Staatengemeinschaft ging es in erster Linie darum, eine Richtschnur für das Verhalten der Regierungen zu geben.

Die Vereinten Nationen sind unter anspruchsvolleren Zeichen angetreten: die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für jedermann zu fördern und zu festigen. Es geht um mehr als die Sicherheit der Staaten,

- 4 -

um mehr als nur um ihre geregelten diplomatischen Beziehungen. Es geht um den Anfang und das Ziel jeder rationalen Politik: es geht um den Menschen!

"Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt", so heisst es im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. So verstehen wir unsere Mitwirkung in Ihrem Kreise. Konkret bedeutet dies für uns: Wir werden uns vor jedem Beschluss in allen Gremien der Organisation zu allererst die Frage stellen: Was bedeutet das für den Einzelnen? Jeder Mensch hat das Recht, sich frei zu entfalten und ohne Unterdrückung zu leben. Wir lehnen deshalb jede rassische Diskriminierung und koloniale Beherrschung ab. Wir werden ebenso entschieden für die sozialen Rechte des Menschen eintreten, für ein würdiges Leben der Unterprivilegierten.

Die Vereinten Nationen haben hier bereits viel Arbeit geleistet. Die universelle Erklärung der Menschenrechte, das Übereinkommen zur Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung, die internationalen Pakte über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie über bürgerliche und politische Rechte sind Meilensteine bei der Verwirklichung der Menschenrechte. Die Bundesrepublik Deutschland hat nicht gezögert, sie zu unterschreiben.

Aber Deklarationen und Pakte reichen nicht aus. Wir können die Hände nicht in den Schoss legen, wenn wir uns auf die Texte geeinigt und sie unterzeichnet haben. Solange die Menschenrechte immer noch mit den Füßen getreten werden, solange gilt die Verpflichtung des Artikels 1 der Charta,

- 5 -

die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu ermutigen. Das bedeutet: alles zu tun, um diese Rechte und Freiheiten in der Praxis durchzusetzen.

IV.

Vielen mag das als Utopie erscheinen. Sie werden fragen, was bedeutet die Freiheit, wenn es nur die Freiheit ist, unter den Brücken zu schlafen? Was nützt das Recht auf Information dort, wo nicht einmal der Unterricht im Lesen und Schreiben gesichert ist, ja, jeden Tag Millionen Menschen um eine Handvoll Reis kämpfen müssen? Sie haben recht. Wir dürfen es nicht dabei bewenden lassen, nur für Rechte und Freiheiten zu streiten. Dieser Kampf wird immer dann verloren, wenn wir nicht die materielle Existenz der Menschen sichern.

Es ist kein Zufall, dass die Charta die internationale Zusammenarbeit zur Lösung von wirtschaftlichen, sozialen und humanitären Problemen in einem Atemzug mit der Achtung der Menschenrechte nennt. Universalität bedeutet auch Universalität der Verpflichtungen. Nur wenn wir das anerkennen, können wir die Spannungen beseitigen, die in den sozialen und wirtschaftlichen Unterschieden ihren Ursprung finden.

Die Vereinten Nationen setzen über zwei Drittel ihrer Finanzmittel, ihres Personals im Kampf gegen Hunger, Krankheit, Unwissenheit ein. Diese Form des Kampfes, aber auch nur diese, haben wir von Anfang an unterstützt. Und deshalb versichere ich Ihnen: Wo immer eine Schlacht um die Befreiung des Menschen von leiblicher Not, um sein Recht auf menschenwürdige Existenz geschlagen wird, dort werden Sie die Bundesrepublik Deutschland in der ersten Reihe der Kämpfer finden.

- 6 -

Immer wieder ist die Rede von der einen, der anderen, der Dritten Welt. Ich vermag den tieferen Sinn einer solchen Unterscheidung nicht zu erkennen. Sollten wir nicht stattdessen in Solidarität den Kampf gegen die Armut führen, gemeinsam als Bürger einer Welt?

Wenn eine Politik dies möglich macht, so ist es die Politik der Entspannung. Meine Regierung hat daran mitgearbeitet. Die Entspannung soll keinen Exklusivcharakter haben, sie soll allen nützen. Der Abbau von Konfrontation kann Energien freisetzen. Sie sollen zur Überwindung wirtschaftlicher und sozialer Ungerechtigkeiten eingesetzt werden.

Völkerbund und Vereinte Nationen sind beide geboren aus dem Leid zweier Weltkatastrophen mit Millionen unschuldiger Opfer. "Nie wieder Krieg!" - war der Aufschrei aller nach dem 1. Weltkrieg. Dieser Gedanke beherrschte den Dialog zwischen Briand und Stresemann. Krieg als Werkzeug nationaler Politik - darauf verzichteten mehr als 50 Staaten im Briand-Kellogg-Pakt von 1928. Und dennoch kam es 11 Jahre später zum 2. Weltkrieg. Waren deshalb jene Bemühungen zur Ausrottung des Krieges überflüssig?

Artikel 1 der Charta der Vereinten Nationen setzt uns als Ziel, "den Weltfrieden und die internationale Sicherheit aufrechtzuerhalten". Und dennoch hat es seit Verabschiedung der Charta viele bewaffnete Konflikte gegeben. Gewiss, es gibt ein prekäres nukleares Gleichgewicht der Grossmächte. Ein dritter Weltkrieg droht uns nicht. Man redet nur von örtlichen Konflikten, von sogenannten Kleinkriegen; die Zerstörung, sagt man, sei nicht so ausgedehnt und die Zahl der Toten geringer. Aber Sie werden mir zugeben, für die betroffenen Menschen ist dies ein schwacher Trost. Verwundung, Verlust der Familie, Flucht und Vertreibung -

- 7 -

müssen sie für immer das Schicksal von Zehntausenden, ja Millionen von Menschen bleiben? Sind das der Menschheit ewige Begleiter?

Wir müssen die Saat der Gewalt im Keim ersticken. Mit der Charta haben wir gemeinsam der Gewalt abgeschworen, bei aller Anerkennung des Rechts auf Selbstverteidigung. Wir müssen diesen Schwur ernst nehmen. Wir müssen klar sagen, was mit Gewaltverzicht gemeint ist. Und wir sollten den Mut und die Kraft haben, alle unsere Probleme ohne Gewalt zu lösen.

Das ist für uns nicht nur eine Redensart. Die Bundesrepublik Deutschland hat nicht nur im eigenen Interesse, sondern aus internationaler Verantwortung auf Gewalt verzichtet, gerade auch zur Lösung ihrer nationalen Frage. Kein politisches Ziel rechtfertigt die Gewalt: kein Nationalismus, kein Klassenkampf, keine koloniale oder Rassenauseinandersetzung, weder Utopien noch Ideologien.

Wir müssen uns dieses Minimum an Einverständnis in den Vereinten Nationen erarbeiten und daraus auch die notwendigen praktischen Konsequenzen ziehen.

Unsere Welt ist unvollkommen. Das Goldene Zeitalter bleibt nur ein schöner Traum. Das bedeutet nicht Resignation, nicht Verzicht darauf, jeden Tag das Nötige, das Mögliche zu tun, um den Zustand unserer Welt zu verbessern. Aber es bedeutet wohl, die Grenzen menschlichen Tuns zu erkennen und nicht in Illusionen auszuweichen, die schon oft genug in der Menschheitsgeschichte der Ursprung der Gewalt gewesen sind.

Der Friede kommt an erster Stelle. Die Zeit ist vorbei,

- 8 -

in der die Völkergemeinschaft sich damit abfand, wenn ein Staat, eine politische Gruppe durch Gewaltanwendung das Zusammenleben aller störte.

Unsere Zeit gibt keinen Raum mehr für das Faustrecht mit der Waffe in der Hand. Universalität heisst zugleich gegenseitige Abhängigkeit und Beschränkung. Aber missverstehen wir das nicht. Abhängigkeit heisst nicht Abhängigkeit von dieser oder jener Grossmacht oder gar von beiden zusammen. Es ist die Abhängigkeit eines jeden von jedem, auch die Abhängigkeit des Industrielandes vom Entwicklungsland.

Wer kann noch behaupten, alle Folgen eines Konflikts er-messen zu können? Wer ist noch in der Lage, die örtliche Begrenzung einer bewaffneten Auseinandersetzung zu garantieren. Die Entwicklung der Welt hat einen Sprung getan in den letzten hundert Jahren wie nie zuvor. Wir müssen das endlich zur Kenntniss nehmen, auch in der Politik. Wir müssen endlich Systeme zur friedlichen Streitschlichtung finden, wenn wir auf der Höhe der Zivilisation bleiben wollen, deren wir uns sonst so sehr rühmen.

Nur die Vereinten Nationen können der Ort sein, wo der jetzt gesteigert um sich greifenden Gewalt Einhalt geboten wird. Nur sie können nach und nach die Formeln entwickeln und die Entscheidungen treffen, die die Gewalt bannen.

Manche werden meinen, dieses Bild sei zu gut, um Wirklichkeit zu werden. Die Vereinten Nationen könnten diese Aufgabe nicht oder noch nicht erfüllen. Ich kann nur das wiederholen, was Präsident Kennedy vor zwölf Jahren an dieser Stelle sagte: "In der Entwick-

- 9 -

lung dieser Organisation liegt die einzige echte Alternative zum Krieg".

VI.

Herr Präsident,

der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen macht für sich selbst noch keine Geschichte. Dennoch ist er für uns Deutsche ein historischer Tag. Gerade auch weil der Schritt uns nicht leichtgefallen ist. Um so mehr möchte ich Ihnen, Herr Präsident, und all denen, die uns heute willkommen geheißen haben, herzlich danken. Wir kommen nicht als Unbekannte zu Ihnen. Die Bundesrepublik Deutschland wirkt seit vielen Jahren konstruktiv in allen Sonderorganisationen der Vereinten Nationen mit. Ihre Mitarbeit in der Gesamtorganisation wird von dem gleichen Geist getragen sein. Sie werden uns immer dort finden, wo es um die internationale Zusammenarbeit geht, um die Bewahrung des Friedens und um die Rechte des Menschen.

Wenn wir etwas aus eigener bitterer Erfahrung gelernt haben, so ist es dies: Der Mensch ist das Mass aller Dinge.
